



DEMOKRATIE WÄHLE ICH KREUZWEISE

Demokratie ist ohne Wahlen nicht denkbar. Allgemeine, unmittelbare, freie, gleiche und geheime Wahlen zählen zu den Kernelementen einer Demokratie. In freien Wahlen organisiert sich die Willensbildung der Wahlbevölkerung. Sie sind das wirksamste Instrument der demokratischen Kontrolle und die zentrale Legitimationsquelle unserer parlamentarischen Demokratie. An demokratischen Entscheidungen sollten sich alle, die dazu berechtigt sind, aus freiem Willen und demokratischem Pflichtgefühl beteiligen.

Aber die einst deutlich ausgeprägte Wahlnorm erodiert. Die Wahlbeteiligung nimmt auf allen politischen Ebenen in der Tendenz ab. Diese Entwicklungen fördern die Diskussion um Legitimationsprobleme der parlamentarischen Demokratie und des politischen Willensbildungsprozesses. Vor diesem Hintergrund haben sich die politischen Stiftungen für das Jahr 2016 zu einer Reihe von Maßnahmen unter dem Motto „Demokratie wähle ich kreuzweise“ verabredet.

Unser Ziel war es, gemeinsam den Ursachen und Auswirkungen sinkender Wahlbeteiligung nachzugehen und Vorschläge zu prüfen, die zu ihrer Steigerung beitragen können. Auf einer gemeinsamen wissenschaftlichen Fachtagung Ende Januar 2016 und bei zahlreichen Aktivitäten der einzelnen Stiftungen ist dies in den zurückliegenden Monaten in besonderem Maße geschehen. Am Ende dieser thematischen Kooperation halten wir fest, dass es

zu diesem Themenfeld recht unterschiedliche, zwischen uns teils durchaus kontrovers beurteilte Analysen und Einschätzungen gibt. Wir stimmen überein, dass es keine einfachen Lösungen gibt, wenn die Wahlbeteiligung dauerhaft wieder steigen soll, dass es aber durchaus einige Anregungen gibt.

Seit mehr als zwei Jahrzehnten erfährt die Entwicklung der Wahlbeteiligung in der öffentlichen Debatte zuweilen eine größere Aufmerksamkeit als die Verteilung der Stimmen auf die Parteien. Vor allem dann, wenn die Wahlbeteiligung gesunken ist, wird über das parlamentarisch-demokratische System und die Legitimität der Parteiendemokratie gemutmaßt: Wenn sich eine wachsende Zahl von Bürgerinnen und Bürgern nicht beteiligt, wird beispielsweise gefragt, ob sich dahinter Unzufriedenheit oder Zufriedenheit mit dem Lauf der politischen Dinge verbirgt, oder ob dies Gleichgültigkeit oder gar Abwendung vom demokratischen System ausdrückt. Doch einfache Erklärungen werden der gewachsenen Zahl von Nichtwählerinnen und Nichtwählern nicht gerecht, die Motive der Nichtwahl sind vielfältig.

Bei Bundestagswahlen in den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts beteiligten sich um die 90 Prozent der Wahlberechtigten. Vor diesem Hintergrund wirft eine sinkende Wahlbeteiligung Fragen nach der Repräsentativität und Legitimität parlamentarischer Entscheidungen auf. In der Berichterstattung ist oftmals von einer „Partei der Nichtwähler“ die Rede, die wieder einmal „stärkste Partei“ geworden sei. Tatsächlich gibt

es „den Nichtwähler“ oder „die Nichtwählerin“ als bestimmten sozialen Typus bzw. als Gruppe nicht; ebenso wenig kann von einheitlichen Motiven für die ausbleibende Beteiligung oder einem gleichgerichteten Willen der Nichtwähler und Nichtwählerinnen ausgegangen werden.

Ein großer Teil der Wählerinnen und Wähler macht einen deutlichen Unterschied zwischen den staatlichen Ebenen Bund, Länder und Kommunen und ihrer Bedeutung für die eigenen Lebensverhältnisse, Interessen und Vorstellungen. Einem Teil der Nichtwähler werden taktische Motive zugerechnet: Man beteiligt sich nicht, weil der Wahlausgang festzustehen scheint, weil man diese eine Wahl nicht für wichtig hält oder weil man seiner Partei einen „Denkzettel“ verpassen möchte.

Die Wahlforschung zeigt aber auch, dass die Zahl der dauerhaften Nichtwählerinnen und Nichtwähler, die sich an mindestens zwei Wahlterminen nicht beteiligen, kontinuierlich wächst. Entfremdung, Gleichgültigkeit, Abwendung von demokratischen Verfahren verfestigen sich. Die Zunahme der Dauernichtwähler kreuzt sich mit zwei weiteren Befunden der empirischen Wahlforschung: mit der geringeren Beteiligung jüngerer Wahlberechtigter im Vergleich zu älteren – und mit der sozialen Asymmetrie der Wahlbeteiligung.

Die Beteiligung jüngerer Wahlberechtigter liegt teilweise um 20 Prozentpunkte niedriger als die bei älteren Jahrgängen. Zwar steigt sie nach Eintritt in das Berufsleben an, doch erreicht sie nicht mehr das Niveau früherer Alterskohorten. Eine Erklärung hierfür ist die abnehmende Verinnerlichung einer früher ausgeprägten Wahlnorm, also des demokratischen Pflichtgefühls, sich an Entscheidungen zu beteiligen. Vor allem unter den jungen Erwachsenen mit geringer formaler Bildung geht über die Hälfte nicht mehr zur Wahl. Die Art und Weise, wie junge Menschen in die Demokratie hineinwachsen, hat sich verändert. Angebote der politischen Bildung und des Politikunterrichts müssen entsprechend weiter verstärkt und an die Realitäten junger Menschen angepasst werden.

Weitere Befunde aus Nichtwähler-Befragungen sind: Erklärte Nichtwähler und Nichtwählerinnen zeichnen sich durch besonders negative und pessimistische Einschätzungen ihrer persönlichen Lebenswirklichkeiten aus. Sie sind vor allem politisch enttäuscht. Eine wachsende Zahl von Nichtwählern verabschiedet sich zugleich dauerhaft von jeglichen Formen der politischen Teilhabe, und dies vor allem aus dem Gefühl der Ohnmacht heraus. Eine Mehrheit der Nichtwähler spricht sich selbst die Urteilskompetenz in Sachen Politik ab und nimmt nicht an politischen Diskursen teil. Viele Nichtwählerinnen und Nichtwähler verbinden das Gefühl der Unzufriedenheit mit den politischen Akteuren mit meist nicht näher konkretisierbarem und diffusem Misstrauen gegenüber den Vertretern der etablierten Parteien. Es herrscht ein Gefühl, dass die Politik nichts mit ihrer Lebenswirklichkeit zu tun hat. Es machen vor allem Menschen überproportional keinen Gebrauch von ihrem Stimmrecht, die ein vergleichsweise niedriges formales Bildungsniveau aufweisen, die einkommensschwach sind, in „prekären Stadtvierteln“ und strukturschwachen Regionen leben.

Unter den politischen Stiftungen ist umstritten, welche Bedeutung die soziale Asymmetrie in der Wahlbeteiligung auf die Qualität des Wahlergebnisses hat. Sie ist nicht das alleinige Charakteristikum der Nichtwahl. Manche sehen darin ein normatives Problem von Repräsentativität und Legitimität. Für andere stehen Aspekte wie etwa die Modernisierung von Wahlverfahren im Mittelpunkt. Angesichts der Vielschichtigkeit der Ursachen sinkender Beteiligung und der Motive der Nichtwählerinnen und Nichtwähler war nicht zu erwarten, dass am Ende der Zusammenarbeit der politischen Stiftungen eine gemeinsame Agenda, gar eine Art Königsweg zur Steigerung der Wahlbeteiligung stehen würde.

Unterschätzt werden dürfen auch nicht die Reformansätze, die sich mit der Frage befassen, wie Wählen attraktiver gestaltet werden kann. Ist das Wahllokal, zumal jenes in Schulen, noch ein ange-

messener Ort? Sollten Wahltermine zusammengefasst werden? Ist der „analoge“ Gang zur Wahlurne im digitalen Zeitalter überholt? Entsprechende Beispiele aus skandinavischen und baltischen Staaten mit Möglichkeiten und Grenzen „technisch-organisatorischer“ Wahlreformen bildeten einen Arbeitsstrang der gemeinsamen Initiative. Der föderale Aufbau der Bundesrepublik Deutschland böte die Möglichkeit, in ausgewählten Ländern und Kreisen einzelne Reformvorschläge einem Praxistest zu unterwerfen und die Erfahrungen auch mit den bereits bestehenden unterschiedlichen Wahlsystemen zu prüfen.

Für ausreichend belegt halten wir die These, dass die Wahlbeteiligung steigt, je offener der Wahlausgang und je deutlicher die Richtungen und Alternativen sind, zwischen denen entschieden werden kann. Auch ist man sich einig, dass die Wahlbeteiligung sinkt, wenn die Auffassung verbreitet ist, dass sich durch den Wahlausgang ohnehin nichts ändern wird und „die Politik“ nichts ausrichten kann.

Ein Sinken der Wahlbeteiligung sollte langfristig nicht hingenommen werden. Für alle Akteure in der Politik und in der politischen Bildung muss es weiterhin und in den nächsten Jahren verstärkt eine zentrale Aufgabe sein, die Bedeutung der Wahl in der Demokratie immer wieder zu unterstreichen und zu vermitteln.

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe „Demokratie wähle ich kreuzweise“

ANSPRECHPARTNER UND ANSPRECHPARTNERINNEN IN DEN BETEILIGTEN STIFTUNGEN

Konrad-Adenauer-Stiftung

Franziska Fislage
franziska.fislage@kas.de

Dr. habil. Karsten Grabow
karsten.grabow@kas.de

Heinrich-Böll-Stiftung

Dr. Anne Ulrich
ulrich@boell.de

Friedrich-Ebert-Stiftung

Dr. Stefanie Elies
stefanie.elies@fes.de

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Horst Kahrs
kahrs@rosalux.de

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Anne Wellingerhof
anne.wellingerhof@freiheit.org

Hanns-Seidel-Stiftung

Dr. Gerhard Hirscher
hirscher@hss.de

Dokumentationen der Aktivitäten
finden Sie unter dem Titel
„Demokratie wähle ich kreuzweise“
auf den jeweiligen Webseiten
der politischen Stiftungen.